

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Scharping zieht eine Bilanz der Regierung Kohl: Wer den Sozialstaat zerschlägt, schadet der Wirtschaft.

Seite 1

Eberhard Irlinger MdL schildert die Folgen des Bonner Einheitsprozesses für Minderjährige: Schon unter Kindern gibt es die Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Seite 3

Rudolf Müller MdB sieht Europa an einem Scheideweg: Wir müssen den Rückfall in den Nationalismus verhindern.

Seite 4

Rezension

Dr. Heinz Kreuzmann stellt das Buch "Ein politisches Leben" von Annemarie Renger vor.

Seite 5

46. Jahrgang / 189

4. Oktober 1983

Wer den Sozialstaat zerschlägt, schadet der Wirtschaft Eine Negativ-Bilanz der Regierung Kohl

Von Rudolf Scharping
SPD-Vorsitzender
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

1982 war eine der ersten Maßnahmen der Regierung Kohl, soziale Leistungen zu verschlechtern. Kontinuierlich haben Kohl, Blum und die zahlreichen anderen ausgewechselten Minister diese Politik seit elf Jahren weiter verfolgt. Nunmehr soll ein weiterer tiefer Einschnitt unter anderem bei der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe erfolgen.

Auf der anderen Seite hat eine massive Umverteilung der Einkommen und Vermögen stattgefunden: Wer hat, dem wurde gegeben, wer nichts hat, dem wurde genommen.

Diese Politik der sozialen Kälte gefährdet nicht nur die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Frieden, sondern ist auch ökonomisch unsinnig. Denn wer den Menschen das Geld aus der Tasche zieht, verursacht einen Kaufkraftentzug, der für die wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gefährlich ist.

Die entscheidende Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg war die gemeinsame Verantwortung der Tarifvertragsparteien. Sie hat für eine geordnete Regelung von Konflikten und damit für soziale Stabilität gesorgt. Wer den Sozialstaat zerschlägt, schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die SPD hat in den vergangenen elf Jahren immer wieder konkrete Alternativen zur Politik der Bundesregierung vorgelegt. Sie waren und sind sozial fair, der Wirtschaftslage angemessen und ökologisch vernünftig. Unsere Vorschläge zeigten und zeigen, daß es möglich ist, umfangreiche Einsparungen ohne Einschnitte in das soziale Netz vorzunehmen.

Einige unserer Initiativen konnten wir - zumindest teilweise - in zähen Verhandlungen durchsetzen. In anderen Fällen ist es uns gelungen, weitere soziale Härten zu vermeiden.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Bei der Rentenreform 1992 stellte sich für uns beispielsweise die Frage, ob wir den Koalitionspartnern die Lösung der Rentenprobleme allein überlassen sollten. Sollte sich das Desaster, das wir bei der sogenannten Gesundheits-„reform“ erlebt haben, bei den Renten wiederholen? Sollten wir nur aus parteitaktischen Überlegungen Millionen von Rentnerinnen und Rentnern allein lassen? Sollten wir zulassen, daß die Rente nach Mindesteinkommen ausläuft, daß die Altersgrenzen trotz Massenarbeitslosigkeit schon ab dem Jahre 1995 heraufgesetzt werden? Sollten wir tatenlos zusehen, wie Frauen noch weiter benachteiligt werden? Wir Sozialdemokraten haben uns entschlossen, das alles zu verhindern. Wir haben Verantwortung übernommen. Uns ist ein Kompromiß in der Rentenreform gelungen, der eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Die nach den ursprünglichen Plänen der Koalition vorgesehenen Benachteiligungen für Frauen wurden beseitigt. Annähernd eine Million Rentnerinnen und 160.000 Rentner mit niedrigen Renten haben durch Fortführung der Rente nach Mindesteinkommen Verbesserungen erhalten. Die Rentenbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wurden erhöht. Der Bundeszuschuß hat 1991 rund 20 Prozent der Rentenausgaben erreicht und steigt bei wachsender Beitragsbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die langfristig aus finanziellen Gründen ohnehin unvermeidbare Erhöhung der Altersgrenzen auf das 65. Lebensjahr wurde entgegen den ursprünglichen Koalitionsplänen um acht Jahre verschoben. Einen Einstieg in die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme - Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung - hat es gegeben.

Das Ende 1992 verabschiedete Gesundheits-Strukturgesetz enthält wesentliche Elemente sozialdemokratischen Gedankenguts einer Reform unseres Gesundheitswesens. Die Krankenversicherung wird umgebaut und an wettbewerblichen Kriterien orientiert. Unterschiedliches Recht zwischen den verschiedenen Kassenarten wird angeglichen. Den Versicherten wird die freie Wahl der Krankenkassen eingeräumt. Die Selbstverwaltung wird zu einem wirkungsvollen Mitbestimmungselement umgestaltet. Der Arzneimittelmarkt wird umgebaut. Die Pflichtweiterbildung wird Voraussetzung für die Zulassung zum Kassearzt. Die kassenärztliche Zulassung kann wirksamer gesteuert werden. Die kassenärztliche Vergütung wird durch Einführung von diagnoseabhängigen Fallpauschalen und Leistungskomplexen neu geordnet. Die Kostenerstattung bei Zahnersatz wird durch die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips abgelist. Ambulantes Operieren in Praxis und Krankenhaus sowie vor- und nachstationäre Behandlung verringern den Graben zwischen ambulantem und stationärem Sektor.

Koalition verstößt gegen Verabredung

Die zwischen der SPD, der Bundesregierung, den Bundesländern und den Koalitionsfraktionen getroffenen Vereinbarungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm haben die innere Einheit Deutschlands ein Stück näher gerückt. Sie haben für die Menschen in den neuen Ländern die Zukunft sicherer gemacht. Für die weitere Entwicklung dieser neuen Länder wurden tragfähige Grundlagen geschaffen. Als Verdienst der Sozialdemokraten in Bund und Ländern ist anzusehen, daß der finanzielle Handlungsspielraum der neuen Bundesländer über das von der Bundesregierung vorgesehene Maß erweitert wird, wichtige Voraussetzungen für ein Reindustrialisierung der neuen Bundesländer geschaffen worden sind, der Stop bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilweise aufgehoben wurde, langfristige infrastrukturelle Investitionsprogramme anlaufen, verstärkte Anstrengungen zur Beseitigung der ökologischen Altlasten vorgenommen werden und ein umfassendes Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm in den neuen Ländern beginnt. Nicht zu verhindern war, daß entgegen unseren Vorstellungen in den nächsten Jahren die Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe in Form fester Steigerungssätze vorgenommen wird. Für 1994 plant die Bundesregierung sogar eine Nullrunde bei der Sozialhilfe. Damit verstößt sie gegen die gemeinsame Verabredung, soziale Leistungen nicht zu kürzen.

Durch die wirtschaftliche Lage und die Vereinigung Deutschlands steht die Politik vor grundlegenden Herausforderungen. Die Menschen in West- und Ostdeutschland werden den Wandel von der westdeutschen Verteilungs- in die gesamtdeutsche Aufbaugesellschaft dann mittra-

gen, wenn man ihnen die Ziele und notwendigen Opfer offen und überzeugend erklärt. Grundlage einer solchen Politik kann allerdings nur soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft sein. Dafür stehen wir Sozialdemokraten. Wir wollen den sozialen Frieden als Grundkonsens unserer Gesellschaftsordnung stärken und ihn als Produktivfaktor nutzen.

(-/4. Oktober 1993/rs/bgy/ks)

(Der SPD-Vorsitzende leitet mit diesen Worten die Broschüre "Die Negativbilanz der Regierung Kohl: Ein Jahre Sozialabbau" ein, die beim SPD-Parteivorstand, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn, erhältlich ist).

Schon unter Kindern gibt es die Zwei-Drittel-Gesellschaft
Die Opfer des Einheitsprozesses werden obendrein noch verhöhnt

Von Eberhard Irlinger MdL

Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Kinder sind bisher die Verlierer der deutschen Einheit.

Anstelle von "blühenden Landschaften", wie sie Bundeskanzler Kohl zu schaffen versprach, erleben die Kinder im geeinten Deutschland den Sozialabbau mit wegrasierten Kindertagesstätten und geschlossenen Jugendzentren im Osten sowie immer weniger Geld für Bildungs- und Beratungseinrichtungen im Westen.

Studien der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt sowie des Kinderschutzbundes zeigen die ganze Misere:

- o Fünf Millionen Kinder wachsen in Familien auf, in denen der Vater oder die Mutter oder beide ihren Arbeitsplatz verloren haben.
- o Nur 49 Prozent der Arbeitslosen-Haushalte können ihren Unterhalt ganz aus dem Arbeitslosengeld oder der Arbeitslosenhilfe bestreiten. Die anderen sind auf Sozialhilfe angewiesen.
- o Besonders hart betroffen sind die Kinder alleinerziehender Frauen. 70 Prozent von ihnen haben keine Arbeit.
- o 60 Prozent haben Schulden.
- o Eine Million der Kinder unter 18 Jahren sind von Armut betroffen.

Diese Fakten zeigen, daß es nun bereits auch unter den Kindern die "Zwei-Drittel-Gesellschaft" gibt. Diese Armut der Kinder ist ein Armutszeugnis der gegenwärtigen Regierungspolitik. Sie ist das unchristliche Resultat einer christdemokratischen Politik des Sozialabbaus.

Dem Bundesfinanzminister ist beispielloser Zynismus vorzuwerfen, wenn er angesichts dieser familien- und kinderfeindlichen Folgen seines sozialpolitischen Kahlschlags die mangelnde Bereitschaft der Bundesbürger zum Verzicht kritisiert und behauptet, daß seine Sparbeschlüsse zwar "einen Stillstand der Einkommen auf dem Niveau von 1989 bedeuten", man "aber deshalb noch lange nicht in Not und Armut" stürze.

(-/4. Oktober 1993/rs/ks)

Europa steht an einem Scheideweg

Wir müssen den Rückfall in den Nationalismus verhindern

Von Rudolf Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag

Nichts ist seit dem Fall der Mauer mehr wie es vorher war. Leider gilt das auch für die Europäische Gemeinschaft.

John Majors Vorstellung eines Europas "souveräner Nationalstaaten" ist ebensowenig verlockend wie ein Europa von dem der FIGARO schrieb: "Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg." Es gibt aber - wenn man an die Zukunft Europas und unseres Landes in einer unberechenbarer gewordenen Welt denkt - keine Alternative zu einer Politik, die den Weg der übernationalen Integration weitergeht. Dabei ist klar: Deutschland darf Europa nicht majorisieren, wenn aus der Wirtschaftsgemeinschaft eine demokratische politische Union werden soll, die diesen Namen verdient.

Für diese sind die Deutschen auch bereit, Opfer zu bringen. Aber die Angst vor einer neuen Isolierung Deutschlands darf andererseits nicht zu einer Politik führen, als deren Ergebnis die Deutschen vor allem die Pflicht haben, zu zahlen, sich aber ansonsten den nationalen Interessen anderer Partner unterzuordnen. Für die Vorteile, die wirtschaftlicher Austausch bringt, braucht man weder eine so aufwendige, eher schädliche Bürokratie noch eine gemeinsame Währung und schon gar nicht die Abgabe entscheidender staatlicher Zuständigkeiten ohne echte demokratische Kontrolle.

Die Integration Deutschlands in Europa sollte aber nicht dazu führen, die Freundschaft mit den anderen Staaten zu vernachlässigen oder gar aufs Spiel zu setzen. Gerade jetzt sind wir - siehe GATT - auf dem besten Wege, die Amerikaner zu verprellen, denen wir Deutschen letzten Endes unsere Freiheit und die Wiedervereinigung verdanken, gegen die sich besonders die französische Politik (nicht das französische Volk) zunächst gestäubt hat, ohne dafür ein Europa einzuhandeln, das uns ebenso viel Sicherheit und Gleichberechtigung bietet wie die Freundschaft der USA.

In einer Welt, in der nicht mehr das Patt zweier Großmächte für Stabilität sorgt, müssen die Deutschen aufpassen, daß sie nicht gerade wegen ihres Bemühens, nationale Interessen im Zweifelsfall zurückzustellen, eines Tages zwischen allen Stühlen sitzen. Die Väter der EG hatten noch die Vision einer die Nationalstaaten hinter sich lassenden Gemeinschaft, in der alle für alle auch dann eintreten, wenn das einmal schwierig ist. Sie haben der EG-Kommission deshalb eine so starke Stellung gegeben, damit sie, unabhängig von nationalen Interessen, die Gemeinschaft der Völker Europas fördert.

Aber wie das mit Macht ist, die nicht echter parlamentarischer Kontrolle unterliegt, ist die Kommission nicht nur immer selbstherrlicher geworden. Das wäre noch einigermaßen hinzunehmen, wenn nicht die Kommission selbst immer wieder nationale Interessen stärker wären als die gemeinsamen. So hat Jacques Delors sicher viele Verdienste um Europa. Aber gerade bei ihm war wiederholt festzustellen, daß die Interessen Frankreichs mit denen der Gemeinschaft gleichgesetzt wurden. Ob das deshalb geschah, weil er Miterrand beerben wollte oder ob er aufgrund seiner Herkunft davon überzeugt ist, daß das, was für Frankreich gut ist, auch für Europa das beste ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ist das eine der Ursachen für den nicht zufriedenstellenden Zustand der Gemeinschaft. Und die Deutschen sind daran nicht unschul-

dig, weil sie es versäumt haben, rechtzeitig etwas dagegen zu tun und auch nicht immer Leute erster Wahl nach Brüssel schickten.

Hallstein ist schon lange tot. Mit Geld allein jedenfalls läßt sich ein Europa nicht bauen, das seinen Bürgern nicht nur Wohlstand, sondern langfristig auch Frieden und Freiheit sichert. Es gibt sicher auch, ohne Fortschritte hin zu einem politisch einigen Europa, genügend gemeinsame Interessen, die vorerst einen Rückfall in einen neuen Nationalismus verhindern werden. Und es ist sicher auch kein Schaden, wenn nicht alles so schnell vorangeht wie es der Vertrag von Maastricht versah. Aber Europa steht an einem Scheideweg.

Wenn unsere Partner ihre nationalen Interessen in den Vordergrund stellen, bleibt den Deutschen nichts anderes übrig, als das Gleiche zu tun. Das muß die Bundesregierung unseren Partnern klarmachen. Denn sie brauchen, wenn sie nicht nur an ihre aktuellen Probleme denken, ein einiges Europa genau so sehr wie die Deutschen.

(-/4. Oktober 1993/rs/ks)

REZENSION

Annemarie Rengers Erinnerungen - eine zeitgeschichtliche Pflichtlektüre

Annemarie Rengers Erinnerungen unter dem Titel "Ein politisches Leben", sollten für jeden, so meine ich, der sich mit der Zeitgeschichte der Jahre von 1918 bis 1993 befaßt, zu einer Art Pflichtlektüre werden. Das liegt nicht allein in der Person der Verfasserin und ihren Lebens- und Berufsstationen, liegt nicht an einem besonderen literarischen Ehrgeiz. Es liegt im Leben einer Generation, die, wie kaum eine andere, in der deutschen Geschichte von der Zeit gefordert worden ist. Annemarie Renger hat sich den Herausforderungen dieser Zeit gestellt. Sie ließ sich nicht von ihnen bestimmen. Sie ist ihren eigenen geraden Weg gegangen und hat sich nie zu Kompromissen gegen ihr Gewissen zwingen lassen. Dabei spielte das Elternhaus eine formende Rolle. Der Vater, von Jugend an Sozialdemokrat und nach und nach zum Spitzenmann der deutschen Arbeitersportbewegung aufgestiegen, hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt.

Mit seiner Familie nach der Machtübernahme der Nazis verfolgt und an den Pranger gestellt, hat er dennoch nie vor dem System kapituliert und sich ihm nicht wie manche andere unterworfen. Er lief auch nicht zu den Kommunisten über, wie Sozialdemokraten in der ehemaligen DDR, die versuchten, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Er stand gegenüber schwersten Pressionen ein Leben lang zu seiner Überzeugung und wurde in seiner Standfestigkeit Vorbild für seine Tochter.

So wurden die Jahre des "Dritten Reiches" für die Familie Wildung, wie Annemarie Rengers Mädchenname lautete, Jahre harter Prüfung. Sie wurden um so schlimmer, als Annemarie Renger in den Kriegsjahren drei ihrer vier Brüder verlor und ihr Mann, aus einer alten sozialdemokratischen Familie stammend, ebenfalls fiel und die Erziehung ihres einzigen Sohnes ausschließlich auf ihren Schultern lag.

Entscheidend für ihr weiteres Leben wurde ihre Begegnung mit Kurt Schumacher, der sie als seine Sekretärin engagierte und sie zu seiner engsten Vertrauten machte. Er hat vor allem ihren weiteren politischen Weg bestimmt. Einen Weg, der kompromißlos sozialdemokratisch war und sich weder durch Vorlieben nach rechts oder links von diesem Ziel abbringen ließ. Annemarie Renger ist diesem Weg bis zum heutigen Tag gefolgt. Sie war und blieb, was sie in erster Linie war, Sozialdemokratin. Nie unterlag sie den Vorlieben vieler, auch führender Sozialdemokraten, die entweder sich mehr dem liberal-konservativen Lager und seiner phantasielos europäischen Politik verpflichtet fühlten oder bereit waren, um des Friedens willen dem kommunistischen System des Ostblocks bis zu den äußersten Grenzen entgegenzukommen. Eine Politik, die nicht nur die Hoffnung auf deutsche Einheit zu einer Farce zu machen drohte, sondern auch die SPD auf einen Kurs abdrängte, der mit ihrem Selbstbewußtsein unvereinbar war.

Für Annemarie Renger gab es, wie das Buch ausweist, ein Leben lang nur einen Weg: den sozialdemokratischen Weg, wie ihn ihr Kurt Schumacher in der Zeit ihrer Zusammenarbeit vorgelebt hatte.

Das hat ihr ihren Lebensweg nicht immer leicht gemacht. Wenn sie dennoch innerhalb der Partei und im Staat zu höchsten Ämtern aufstieg, so deshalb, weil in der Partei viele das Gefühl hatten, daß sie jene Sozialdemokratie verkörperte, die sie selbst wollten und am meisten ihren Vorstellungen entsprach.

Das gilt sowohl für ihr leidenschaftliches Engagement für die Verständigung und Versöhnung mit dem grausam verfolgten jüdischen Volk, die durch die Verleihung des Ehrendoktorates der Universität Ben Gurion in Beersheva ihre Anerkennung fand. Das wurde ebenso honoriert durch den Respekt, des Bundestages, der sie zu seiner Präsidentin wählte. Das fand seine Krönung in breiten Zustimmungen innerhalb der Partei, in der sie immer mehr in die Rolle einer unersetzlichen politisch-moralischen Autorität hineinwuchs.

Annemarie Renger hatte dabei stets den Mut, zu ihren Überzeugungen zu stehen, auch wenn es nicht leicht war. Für ihre Freunde und ihr nahestehende Menschen kämpfte sie bei all dem Charme, der ihr ansonsten zu eigen war, wie eine Löwin. Keine Abgeordnete, kein Abgeordneter, der es miterlebt hat, wird vergessen, wie sie, wie von der Tarantel gestochen, über Herbert Wehner herfiel, als dieser mit einer mehr als schnoddrigen Bemerkung Kurt Schumacher kritisierte. Ihre Geradheit und ihr persönlicher Mut waren nicht immer gern gehört und trugen ihr bei den oft allzu diplomatischen und Gerissenen manche Gagnerschaft ein. Annemarie Renger hat sich davon niemals auf dem von ihr für richtig anerkannten Weg abdrängen lassen. Feigheit konnte ihr nie jemand vorwerfen.

Ihr Buch spiegelt dieses reiche und vielseitige Leben wider. Es ist ein außerordentlich informatives, aber auch tapferes und ehrliches Buch, an dem niemand, der ernsthaftes Interesse an der Zeitgeschichte der letzten 60 Jahre hat, vorbeigehen kann. Vor allem deshalb, weil es den Mut zur Wahrheit und zum selbständigen politischen Denken zeigt, die Annemarie Renger immer ausgezeichnet haben.

Dr. Heinz Krutzmann

Annemarie Renger, Ein politisches Leben. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1992, 350 Seiten, DM 42,00
